

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 267

28. August 2002

8. Jahrgang

Die Vertreibung der Mayagemeinde von Los Cimientos

Über die Geschichte und die neuesten Entwicklungen in der Gemeinde Los Cimientos haben wir im ¡Fijáte! regelmässig berichtet. Es ist eine Geschichte, in der die ehemaligen Zivilpatrouillen (PAC) eine bedeutende Rolle spielen. Die Forderung der PAC nach einer finanziellen Entschädigung für ihren "Dienst am Vaterland" lassen in vielen Leuten die Erinnerung daran aufleben, was sie unter dem Militär und den Zivilpatrouillen erlitten haben.

Das organisierte Auftreten der Ex-PAC (die einen sprechen von einer Wieder-Organisation, andere sind davon überzeugt, dass diese Strukturen über all die Jahre hinweg aufrechterhalten blieben und dass es sich bei dem Aufbruch um ein wahltaktisches Manöver der FRG handelt) zeigt, dass die guatemalteckische Gesellschaft auch heute noch bis in den Alltag hinein militarisiert ist. Von der Regierung wird die Entschädigungsforderung der Ex-PAC leider nur auf der finanziellen Ebene diskutiert und nicht dazu genutzt, ein wichtiges Stück Vergangenheitsbewältigung zu leisten.

Der folgende Artikel von Andreas Boueke zeigt, dass die Gemeinde Los Cimientos sich mit zwei brisanten politischen Themen konfrontiert sieht: Der Militarisierung und der Landproblematik.

Der Weg in den Norden der Provinz Quiché führt über sandige Schlaglochpisten, vorbei an nahezu senkrechten Abhängen. Nur wenige Kilometer entfernt von dem Bergdorf Cotzal endet die letzte Autospur der Gegend am Eingangstor der Finca San Francisco. Auf der Farm scheint die Zeit stehen geblieben zu sein. Die Grundmauern der niedergebrannten Hacienda geben Zeugnis von den Kämpfen der achtziger Jahre zwischen Guerilla und Armee. Keine fünfhundert Meter entfernt von den Ruinen des Verwaltungsgebäudes stehen Baracken, in denen bis zu achtköpfige Familien auf zehn Quadratmetern nacktem Erdboden wohnen, umgeben von maroden Lehmwänden.

Von hier aus geht der steile Anstieg auf einem schmalen Pfad weiter. Der Fussmarsch bis zur Finca Los Cimientos, in dem Municipio Chajul, dauert rund vier Stunden. Zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts hat dort eine Gruppe aus dem Mayavolk der K'iche's gesiedelt. Sie stammten ursprünglich aus dem fünfzig Kilometer entfernten Dorf Chiul. Im Jahr 1901 hatten die Familien im Rahmen eines Landverteilungsprogramms der Regierung legale Landtitel über die bis dahin weitgehend unbewohnte Finca Los Cimientos erhalten. Achtzig Jahre lang lebten die SiedlerInnen und ihre Nachkommen in einer fragilen Nachbarschaft mit den BewohnerInnen der Municipios Chajul und Cotzal, mehrheitlich Angehörige der Ethnie Ixil.

Seit den achtziger Jahren sind die Geschehnisse um die Finca Los Cimientos ein Beispiel dafür, zu welch verheerenden Folgen die Politik der guatemalteckischen Militärs geführt hat, im Rahmen ihrer Aufstandsbekämpfung verschiedene Gruppen der Mayabevölkerung gegeneinander auszuspielen. Als die Guerilleros der „Armee der Armen“ (EGP) in den siebziger Jahren begannen, die Bevölkerung der Berge für ihren revolutionären Kampf zu mobilisieren, reagierte die Armee mit der Massakrierung der BewohnerInnen von 440 Siedlungen. Über eine Millionen Mayas mussten ihre Heimat verlassen, so auch die K'iche's von Los Cimientos. Einer der damaligen Bewohner erinnert sich:

„Ich bin in Los Cimientos aufgewachsen. Als ich ein Kind war, konnten wir ungestört das Land bewirtschaften. Doch dann begannen die Massaker der Armee. Wir mussten fliehen. Ich kann mich noch gut an den 15. Januar 1982 erinnern: Wir waren auf dem Weg zum Friedhof, um ein Kind zu begraben, das an einer Krankheit gestorben war. Plötzlich flogen zwei Kampfflugzeuge über unsere Hütten. Ein Hubschrauber landete auf dem Friedhof. Zwei Männer der Gemeinde sind vorausgegangen, um mit den Autoritäten der Armee zu sprechen. Wenig später hielten uns mehrere Soldaten auf und fragten, wohin wir gehen würden. Wir antworteten: 'Wir gehen zum Friedhof, um dieses Kind zu beerdigen. Wir mussten den Sarg öffnen und den Soldaten den Leichnam zeigen. Sie ließen uns erst gehen, nachdem sie das Gesicht der armen Kreatur angefasst hatten. Als wir zum Friedhof kamen, lagen dort die toten Körper der beiden Männer, die die Soldaten begrüßen wollten - gefoltert und ermordet. Wir waren sehr erschrocken. Anstatt nur das Kind zu beerdigen, mussten wir jetzt drei Tote begraben. Wir konnten nicht einmal eine Totenwache für die Männer halten.“

Der Friedhof der Gemeinde wurde zu einem Hubschrauberlandeplatz umfunktioniert, um den herum eine Militärbasis entstand. Die BewohnerInnen von Los Cimientos mussten fliehen. Einige schlossen sich den Widerstandsgemeinden (CPR) an, andere zogen mit ihren Familien als Tagelöhner auf die Zuckerrohrplantagen der Küste oder als Handlanger in die Hauptstadt. Manche konnten bei Verwandten in Chiul unterkommen.

Das nun brachliegende Land in der Umgebung des Militärstützpunkts „verschenkte“ die Armee an arme Bauern und ihre Familien aus Chajul. Dabei wurden die rechtmässigen Besitzansprüche der K'iche's völlig ignoriert. Die Männer der neuangesiedelten Familien wurden von den Militärs als Zivilpatrouillen (PAC) organi-

siert. So diene das geraubte Land den Soldaten als zivile Pufferzone in einer Region, in der die Guerilla grosse Gebiete unter ihre Kontrolle gebracht hatte.

1986 übergab das Militär die formale Macht im Land an eine Zivilregierung. Wenig später wurde der Militärstützpunkt von Los Cimientos aufgelöst. Die zivilen BesetzerInnen des Landes jedoch blieben. Zu dieser Zeit begannen sich die aus Los Cimientos vertriebenen Familien erneut zu organisieren. Doch mit ihren Petitionen trafen sie auf einen Staatsapparat, der die Position der vom Militär unterstützten illegalen BesetzerInnen stärkte. Trotzdem entschlossen sie sich, auf ihr Land zurückzukehren. In diesem Vorhaben wurden sie unterstützt von zahlreichen internationalen BegleiterInnen, verschiedenen nationalen Menschenrechtsorganisationen und insbesondere vom Rat der ethnischen Gemeinden *Runujel Juman* ("Wir sind alle gleich"), CERJ.

Im August 1994 war es soweit: Die erste Gruppe der Vertriebenen kehrte zurück. Rund fünfzig Familien schafften es, gewaltfrei einen kleinen Teil ihrer Finca Los Cimientos zu besetzen. Ein Erfolg, der ihre Hoffnung stärkte, eines Tages den gesamten Landbesitz zurückzubekommen. Die BesetzerInnen jedoch weigerten sich, abzuziehen. Einer von ihnen erklärt, auch sie seien arme, landlose Bauern.

„Die Armee hat uns gesagt, das Land gehöre uns. Es stimmt, dass die Leute, die jetzt zurückgekommen sind, früher ihren Friedhof hier hatten. Aber sie sind geflohen. Wir haben Landtitel bekommen und wollen hier in Frieden leben. Wo sollen wir denn sonst hin? Wir können nicht einfach in die Dörfer gehen, um zu leben. Wir haben kein Geld, um uns dort Land zu kaufen.“

Es begann ein Verhandlungsprozess auf höchster Ebene, zeitweise koordiniert vom katholischen Bischof des Quiché. Beteiligt waren Angehörige der streitenden Parteien, der Armee und hohe Regierungsfunktionäre. In mehreren juristischen Studien wurde ein ums andere Mal die Rechtmässigkeit des Besitzanspruchs der RückkehrerInnen belegt.

Schliesslich erkannten selbst die BesetzerInnen an, dass ihre Landnahme illegal war. Trotzdem vergingen sieben Jahre, während der sich die RückkehrerInnen in zahllosen Sitzungen um die Durchsetzung ihres Rechts bemühten. Vor dem Interamerikanischen Gerichtshof willigte die guatemaltekeische Regierung ein, anderes Land zur Verfügung zu stellen, um den

Konflikt zu lösen. Doch zu einem ernstzunehmenden Angebot kam es nie.

Mit der Zeit verlor der Verhandlungsprozess an Dynamik, bis zum 25. Juni 2001. An diesem Tag erlebten die RückkehrerInnen erneut eine gewaltsame Vertreibung. Eine bewaffnete Gruppe von Besetzern drang in die kleine Siedlung der RückkehrerInnen ein, zerstörte ihre Hütten, stahl ihr armseliges Hab und Gut, vergewaltigte zwei Frauen und vertrieb die Familien erneut.

Auf diese Ereignisse in Los Cimientos reagierte erstmals auch die nationale Presse. Auf den Titelseiten fast aller Tageszeitungen wurde die Gewalt der ehemaligen PAC-Mitglieder beschrieben, so auch in einem Artikel der Zeitung *Al Dia* vom 2. Juli 2001:

Am Montag, den 25. Juni bereiteten sich die Kinder der Schule von Los Cimientos für die Feier des Tags des Lehrers vor. "Es war wohl so um die 9:15 Uhr, als Mateo Hernández Sánchez und die Hilfsbürgermeister kamen und mich baten, einen Moment lang mit ihnen zu sprechen", berichtet Francisco Oxlay Pastor, Mitglied des Bildungsausschusses der Gemeinde. "Als ich sie in den Schulraum begleitete, sagten die Ex-Patrouilleros zu mir: Ihr habt zwei Stunden, um zu verschwinden. Ich versuchte, eine Erklärung zu bekommen, aber in diesem Moment kamen mehrere Männer herein, die mit Stöcken, Macheten und Gewehren bewaffnet waren. Sie begannen, die Schule zu zerstören. Die Möbel und alles was sie fanden. Das führte zu einer Panik unter den Kindern, die gerade ankamen. Danach gingen die Männer ins Dorf und begannen mit einer generellen Zerstörung. Mehrere Hütten wurden angezündet. Man konnte die Schreie der Frauen und Kinder hören, die flohen. Die Ex-Patrouilleros hatten Spass an der Zerstörung.

Angel Gómez Cruz sagt, die Patrouilleros hätten die Kleidung der Kinder, deren Essen, die Bücher, den Schulplan, die didaktischen Materialien und die Schreibtische zerstört oder gestohlen. Sie hinterließen nichts als Schutt.

In den folgenden sechs Monaten fanden die meisten der Flüchtlinge Unterschlupf in dem kleinen Dorf Xeputúl, etwa zwei Stunden Fussmarsch von Los Cimientos entfernt. Dessen BewohnerInnen zeigten eine ausserordentliche Solidarität, obwohl ihre VertreterInnen und die Vertriebenen weiterhin Drohungen von den BesetzerInnen erhielten. Einmal mehr be-

gann ein Verhandlungsprozess, der bis heute zu keinen greifbaren Ergebnissen für die Vertriebenen geführt hat. Anfangs bemühte sich die katholische Kirche mit Bischof Julio Cabrera als Vermittler halbherzig um einen Dialog. Die Gewalttaten der BesetzerInnen wurden verurteilt. Internationale Hilfsorganisationen leisteten humanitäre Hilfe in Xeputúl. Mit finanzieller Unterstützung aus der Schweiz begann das Komitee COPRODESQUI, den Unterricht für die Grundschul Kinder zu fördern. Aber in Bezug auf den grundlegenden Landkonflikt blieb alles beim Alten. Die erneut Vertriebenen boten sogar an, das Land unter sich und den Aggressoren aufzuteilen. Doch die BesetzerInnen akzeptierten auch dieses Angebot nicht. Ihre Haltung wurde von der Regierung geduldet. So blieb den Flüchtlingsfamilien nichts anderes übrig, als sich auf ein Angebot der Regierung einzulassen, an anderer Stelle eine Finca als Ersatz zu kaufen.

Am 29. Dezember 2001 verliessen die Flüchtlinge Xeputúl, anfangs mit der Hoffnung, bald auf diese neue Finca ziehen zu können. Doch seitdem ist wenig passiert. Die Regierung hat kein Geld für einen solchen Landkauf und bemüht sich auch nicht ernsthaft, ihr Versprechen einzulösen. Die öffentliche Aufmerksamkeit für den Fall hat sich verflüchtigt. Bischof Julio Cabrera ist nach Zacapa versetzt worden, ohne einen Nachfolger für sein Vermittleramt zu ernennen. Die internationalen Organisationen verlagern ihr Engagement auf andere, erfolgsversprechendere Fälle. Der Zusammenhalt der Flüchtlingsfamilien geht zunehmend verloren. Viele sind wieder über das ganze Land verteilt, um einzeln zu versuchen, ihr Überleben zu sichern.

Im traditionellen Verständnis der Mayas gibt es keine Landtitel, keinen privaten Landbesitz. Der Erdboden gehört der Gemeinschaft und ist Teil der Natur, die um Erlaubnis gebeten werden muss, bevor die Äcker gepflügt und die Früchte geerntet werden können. Doch die Kolonisierung Amerikas hat das Ende der Ära des gemeinschaftlichen Landbesitzes eingeläutet. Heute schützt die guatemaltekeische Verfassung den privaten Landbesitz. Wenn zum Beispiel eine Finca eines Grossgrundbesitzer von armen Bauern besetzt wird, dauert es oft nicht lange, bevor grosse Polizeitrupps diese Landnahme beenden. Wenn jedoch eine Mayagemeinde ihr Recht auf privaten Grundbesitz einfordert, zeigt sich, dass für sie die verfassungsmässigen Rechte nicht in gleichem Masse gelten.

Die Zivilpatrouillen, "Rückgrat der Demokratie"

Guatemala, 22. Aug. Nach wie vor nationales Thema Nr. 1 ist die Forderung der ehemaligen Zivilpatrouillen (PAC) nach finanzieller Entschädigung für ihre "am Vaterland geleisteten Dienste" (siehe ¡Fijáte! Nr. 263 und 264).

Eindeutig positionierte sich Präsident Portillo, der anlässlich des zweijährigen Jubiläums der Vereinigung der Ex-PAC in den Petén reiste und vor 5000 Anwesenden eine Lobrede auf die Arbeit der Zivilpatrouillen während des bewaffneten Konflikts sprach. Die Ex-PAC seien das "Rückgrat der Demokratie und des Friedens", sagte er, und "wir werden der Welt eine Lektion in Toleranz erteilen und beweisen, dass wir fähig sind, unsere Probleme auf friedliche Art zu lösen". Er versprach, bis zum 15. September einen definitiven Vorschlag über eine finanzielle Entschädigung zu präsentieren. (Bei dieser Gelegenheit versprach Portillo auch eine Reduktion der Armee zu Gunsten deren Professionalisierung und eine Reduktion des Militärbudgets. Auch über diese Pläne will er die Nation am 15. September informieren.)

Nicht nur in Guatemala wird das Thema der Entschädigung der Ex-PAC kontrovers diskutiert, auch die internationale Gemeinschaft und Finanzinstitutionen haben erste Stellungnahmen zur geplanten Abfindung abgegeben: VertreterInnen der *Europäischen Gemeinschaft* sprachen sich ganz klar gegen eine Kompensationszahlung aus und drohten gar mit einer Kürzung ihrer Gelder

zur Unterstützung der Friedensabkommen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hingegen unterstützte die ursprüngliche Idee der Regierung, eine temporäre Steuer auf Geldtransaktionen ab einem bestimmten Betrag einzuführen, um damit die notwendigen Mittel für die Entschädigung der Ex-PAC einzuholen. Die neuste Idee der Regierung, um an diese Finanzen zu gelangen, ist, Anleihen in Euro auf dem internationalen Finanzmarkt aufzunehmen in der Höhe von bis zu 280 Mio. US\$. Ein Teil dieses Geldes soll für den Kauf von Land für landlose BäuerInnen eingesetzt werden, der Rest für die Entschädigungszahlungen an die Opfer des Krieges, wobei noch zu definieren sei, wie viel an die Ex-PAC gehe, meint Finanzminister Weymann. Guatemala sei in einer privilegierten Situation verglichen mit anderen zentralamerikanischen Ländern und könne sich ohne weiteres leisten, sich noch mehr zu verschulden. Laut IWF sei es kein Problem, sich bis zu 50% des Bruttosozialproduktes zu verschulden, die Verschuldung Guatemalas entspreche erst 21% des Bruttosozialproduktes...

Solche Aussichten stärken natürlich die Ex-PAC: Seit dem 17. Juni, als die PAC-Bewegung im Petén mit ihren Protesten begann, haben sich ehemalige Zivilpatrouillisten in neun Departements zusammengeschlossen und sind mit ihren Forderungen an die Regierung getreten. Das gestärkte Selbstbewusstsein dieser Organisation bekommt aber auch die Bevölkerung zu spüren: Auf der Finca Pueblo Viejo, Panzós, im Departement Alta Verapaz droht eine Gruppe ehemaliger Patrouillisten im Rahmen eines Landstreites, 500 Bauernfamilien von ihrem Land zu vertreiben. Ähnliche Machtdemonstrationen und Drohungen gegen die Zivilbevölkerung wurden auch aus anderen Gebieten gemeldet. Die Aussicht auf Geld löste eine Art Kettenreaktion aus und andere Zukurzgekommene treten nun plötzlich auf den Plan und fordern finanzielle Entschädi-

gung: So protestierte z.B. die Vereinigung der Kriegsversehrten der Armee zunehmend auf die PAC vor dem Kongress. Aber auch Gewerkschaften wie die UASP, JournalistInnen, die StudentInnenvereinigung AEU und ehemalige Militärkommissäre reihen sich in die Liste der Fordernden. Auch sie hätten in ihren Organisationen Tote und Verschwundene zu verzeichnen und deshalb das selbe Recht wie die Zivilpatrouillen auf eine Entschädigung, lautet ihr Argument.

Mit einer solchen Argumentation gehen sie eine gefährliche Allianz ein und legitimieren gewissermassen die Forderungen der Ex-PAC. Anfang August legte die *Multiinstitutionelle Instanz für Frieden und Eintracht* der Regierung ein Vorschlag über einen Wiedergutmachungsplan vor. Die *Instanz* stützt sich dabei auf die in den Friedensabkommen festgehaltenen Abmachungen bezüglich Wiedergutmachung an den zivilen Opfern bzw. deren Hinterbliebenen. Eine Entschädigung der PAC und anderer militärischer oder paramilitärischer Organisationen ist in den Friedensabkommen nicht vorgesehen. Die *Instanz*, in der über 60 Menschenrechtsorganisationen vereint sind, wurde 1999 gegründet mit dem Ziel, die aus dem Bericht der Wahrheitskommission entstandenen Empfehlungen umzusetzen. Mitglied der *Instanz* ist z.B. die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM), deren Vertreter Mario Polanco den PAC-freundlichen Diskurs von Präsident Portillo als militaristisch bezeichnet. Oder die Witwenvereinigung CONAVIGUA, deren Präsidentin Roslina Tuyuc Portillo einen Machisten nennt: "Er spricht nur davon, die Männern zu entschädigen, von den 70'000 Witwen kein Wort".

Die *Multiinstitutionelle Instanz für Frieden und Eintracht* will eine internationale Sensibilisierungskampagne vorbereiten gegen die Aufnahme von Anleihen in Euro durch die guatemaltekeische Regierung.

Exhumierungen in Rabinal

Guatemala, 6. Aug. In Rabinal ist mit der Öffnung des ersten von insgesamt vierzehn Massengräbern begonnen worden. Bei der Exhumierung geht es um die Suche nach den Resten von über 800 Personen, die im Jahr 1981 vom Militär massakriert worden sind. Seit 1992 (und später in Zusammenarbeit mit Hinterbliebenenorganisation ADIVIMA), ist eine Gruppe von Witwen daran, die notwendigen ZeugInnenaussa-

gen zu sammeln, die zur Vorbereitung der Exhumierungen notwendig waren.

Ein Sprecher von ADIVIMA informierte, dass der ehemalige Kommandant der Zivilpatrouillen im Ort, der als Autor der Massakers von Río Negro gilt, eine Anthropologin der Amsterdamer Universität und zwei US-amerikanische Journalisten, welche die Exhumierungen von Rabinal begleiten, mit dem Tod bedrohte, als sie ihn um Informationen baten.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehn-

täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Gegen den Strom

Guatemala, 14. Juli. Übertriebene Preise, defekte Installationen und Unzufriedenheit über die gebotene Dienstleistung seitens der Bevölkerung sind einige der Probleme, mit denen sich der *Plan der Ländlichen Elektrifizierung*, PER konfrontiert sieht. Die Firmen Deorsa und Deocsa, Tochterunternehmen der spanischen Firma Unión Fenosa, die mit diesem Plan beauftragt sind, stehen in der Kritik. Das Programm beansprucht Kosten in Höhe von US\$ 333 Millionen, die von den Guatemalteken übernommen werden müssen. Laut verschiedener Kongressabgeordneter lässt die Ausführung des Projekts zu wünschen übrig.

Manuel Vicente, der im Westen des Landes lebt, bereit, dass er in seinem Haus den Strom installiert hat: "Wir waren glücklicher, als wir noch kein elektrisches Licht hatten, denn wir hatten nicht so viele Probleme," versichert er. Er ist einer von den vielen Betroffenen, die Woche um Woche zum Kongress kommen, um die Oppositionsparteien um Hilfe zu bitten.

Abgeordnete der UNE, Unionsmitglieder sowie die PAN setzten sich schliesslich mit Verantwortlichen des Nationalen Elektrizitätswerks, INDE, und der Nationalen Kommission für elektrische Energie zusammen, um diese um

eine entsprechende Intervention zu bitten. Die Kongressabgeordneten stimmten darin überein, dass unbedingt etwas unternommen werden müsse, denn Deorsa und Deocsa beziehen das Geld für die Installation der Infrastruktur aus einem von der Regierung geschaffenen Treuhandfonds, anstatt selber Mittel locker zu machen.

Die Unzufriedenheit erreichte ihr Extrem, als die BewohnerInnen einiger Gemeinden von Izabal und den Verapaces sich weigerten, das Recht zur Durchfahrt für die Installation der Übertragungslinien zu gewähren. Ihr Argument ist, dass sie nicht mit der Dienstleistung und den Gebühren einverstanden sind. Folge davon sind inzwischen Materialverluste und der Baustopp des PER in einigen Zonen.

Von Seiten der Abgeordneten und auch der Verantwortlichen des INDE wird versichert, dass VermittlerInnen eingesetzt werden sollen, die von den betroffenen BürgerInnen in Anspruch genommen werden können. Ausserdem werde man an Deorsa und Deocsa herantreten, um Lösungen und Verbesserungsmöglichkeiten des Plans zu suchen.

Die PAN hatte während ihrer Regierungszeit die Erweiterung der elektrischen Infrastruktur in private Hände

übergeben. Um den *Plan der Ländlichen Elektrifizierung* zu konkretisieren, wurden die Verteilungsunternehmen *Distribuidora de Oriente*, Deorsa und *Distribuidora de Occidente*, Deocsa als Subunternehmen der spanischen Unión Fenosa gegründet, von denen, wie ihre Namen sagen, die eine für den Osten, die andere für den Westen des Landes zuständig sein soll.

Neben dem Auftrag, den Stromverteilungsdienst zu leisten, wurde ein Vertrag zwischen diesen beiden Firmen und dem INDE geschlossen, laut dem sie zusätzlich für die Errichtung der Strominfrastruktur zuständig sind. Von Seiten des INDE wird geschätzt, dass bislang knapp 44 % des Programm realisiert worden sind. Dabei wurden 1,200 Gemeinden im Landesinneren an das Stromnetz angeschlossen. Dennoch herrscht grosser Unmut in fast allen Orten, in die Deorsa und Deocsa mit ihrem Service vorgedrungen sind. Der Grossteil der Beschwerden bezieht sich auf die ungerechtfertigten exzessiven Gebühren, die verlangt werden. Die Nationale Kommission für elektrische Energie belegte die Firma Deorsa mit einem Bussgeld von fünf Millionen Quetzales wegen illegalen Einnahmen. Deocsa dagegen wird aus den selben Gründen mit 8,5 Millionen belangt.

Nachwehen des Papstbesuchs

Guatemala, 15. Aug. Als eine Begleiterscheinung des diesjährigen Papstbesuchen entflammte in Guatemala wieder einmal die bereits mehrmals erfolglos geführte Diskussion über die Abschaffung der Todesstrafe. Bereits im Vorfeld des Besuchs reichte Präsident Portillo den Vorschlag für eine Gesetzesänderung ein, im Zuge derer die Todesstrafe in eine Gefängnisstrafe von 50 Jahren umgewandelt würde. Im Moment warten in Guatemala 36 Häftlinge auf die Vollstreckung des Urteils. Portillo ist zwar in seiner Funktion als Präsident der einzige, der im Einzelfall eineN zum Tode VerurteilteN begnadigen kann, eine entsprechende Gesetzesänderung muss jedoch vom Kongress mit mindestens 64 Stimmen angenommen werden. Die FRG schlug in einer demokratischen Anwendung gar vor, eine Volksabstimmung zu diesem Thema zu machen - aus finanziellen Gründen am besten gleich anlässlich der Wahlen 2003.

Der Papst selber hat sich nur in einer privaten Audienz mit Präsident Portillo zum Thema Todesstrafe geäussert.

In einem Land wie Guatemala, wo

jeweils die Vollstreckung der Todesstrafe live am Fernsehen übertragen wird, löste der Vorschlag Portillos zu deren Abschaffung eine polemisch geführte Diskussion aus. Allen voran setzte sich die Mutter der 1996 entführten und ermordeten Studentin Beverly Sandoval für die Beibehaltung der Todesstrafe ein. Im Fall Beverly Sandoval warten drei Männer auf die Vollstreckung des Todesurteils. Argumenten von Todesstrafe-BefürworterInnen, die Abschaffung hätte eine Häufung von Selbstjustizfällen zur Folge und es brauche sie aus Abschreckungszwecken, stellen Todesstrafe-GegnerInnen die aktuelle Realität gegenüber, denn offensichtlich trägt die Existenz der Todesstrafe nicht zu einer Reduktion der Gewaltverbrechen bei.

Unterdessen ist der Papst längst wieder abgereist und das Thema kann geflissentlich unter den Tisch gewischt werden: Am 15. August entschied die entsprechende Kommission des Kongresses, das Projekt Portillos nicht weiter zu verfolgen, mit der absurden Begründung, dass es sich bei der Todesstrafe um ein in der Verfassung veran-

kerte Massnahme halte. Dafür nutzten einige Abgeordnete die Gelegenheit, die Gerichte dazu aufzurufen, zu Tode verurteilte Häftlinge nicht monate- bis jahrelang auf die Vollstreckung des Urteils warten zu lassen, sondern dieses prompt und rigoros auszuführen. Damit könne auch der guatemalteken Bevölkerung bewiesen werden, dass das Gesetz respektiert und eingehalten werde.

Ein anderes Thema, das der Papst zwar bei seinem Besuch in Toronto, nicht jedoch in Guatemala angesprochen hat, ist dasjenige des sexuellen Missbrauchs innerhalb der Kirche. Dies holte der abtretende Menschenrechtsprokurator, Julio Arango, in seiner Abschiedsrede nach, in der er die Kirche, die JournalistInnen, die Behörden von Flores, Petén und das Militär kritisierte.

Konkret forderte Arango den Erzbischof Quezada Toruño dazu auf, die Fälle von Pädophilie im guatemalteken Klerus aufzuklären. Arangos Nachfolger, Carlos David de León Argueta, reagierte sofort und verkündete, die drei bekannten Fälle prioritär zu behandeln.

Nach dem Kaffee der Zucker

Guatemala, 3. Aug. Die *Vereinigung der guatemaltekischen ZuckerproduzentInnen*, ASAZGUA, gab fürs Jahr 2002 eine Rekordernte von 41 Mio. Quintal (rund 891 Tonnen) an. Dies, nachdem die vom Hurrikan Mitch angeordneten Zerstörungen in den letzten Jahren die Zuckerrohrernte zurückgehen liessen. Aber nicht nur die Ernte, auch der Weltmarktpreis für Zucker ist seit 1998 drastisch gesunken. Betrug dieser vor dem Mitch noch 10.68 US\$ pro Quintal ist er heute auf 5.25 US\$ gesunken, d.h. um rund 50%. Einer der Gründe dafür ist laut ASAZGUA die Überproduktion, mit der Brasilien den Weltmarkt überschwemmt.

Gemäss ASAZGUA hat sich der internationale Preisrückgang jedoch nicht auf die nationalen Preise in Guatemala übertragen. Im zentralamerikanischen Vergleich hat Guatemala mit 0.22 US\$ pro Libra (450g) den tiefsten Zuckerpreis (im Gegensatz z.B. zu El Salvador, wo die selbe Menge 0.30 US\$ kostet).

Vergleicht man diese Preise jedoch mit der Kaufkraft der Bevölkerung, relativieren sie sich. In den Vereinigten Staaten kostet eine Libra fast doppelt so viel wie in Guatemala, doch kann ein(e) us-amerikanische(r) ArbeiterIn mit ihrem Stundenlohn rund 13 Libras Zucker kaufen, während in Guatemala ein ArbeiterInnenstundenlohn gerade mal für zwei Libras reicht. In Guatemala wird auf dem lokalen Zuckermarkt mehr Umsatz erzielt (220 Mio. US\$ im Jahr 2001) als durch den Export (212 Mio. US\$ im selben Jahr).

WirtschaftsanalytikerInnen befürchten Exportprobleme für den Zuckersektor für die nächsten Jahre. Miguel Gutiérrez vom *Zentralamerikanischen Wirtschaftssystem* nennt verschiedene Faktoren, die Einfluss auf den Zuckerexport haben könnten: Zum einen besteht die Gefahr, dass die Vereinigten Staaten Druck ausüben, damit der Erdölpreis tief bleibt, in der Hoffnung, schnell aus der Rezession zu kommen und die Wirtschaft in den USA wieder anzukurbeln. Dies hätte auch eine Senkung der Benzinpreise zur Folge. Somit wäre der in Brasilien aus Zuckerrohr produzierte Treibstoff Gasohol preislich nicht mehr attraktiv und Brasilien würde ganz auf die Produktion von Süssstoff setzen und damit den Weltmarkt überschwemmen.

Gutiérrez rechnet auch damit, dass bis in fünf Jahren die kubanische Zuckerproduktion auf den Weltmarkt vordringt, was ebenfalls eine Senkung des Preises zur Folge haben kann. In Kuba wird dreimal soviel Zucker produziert wie in Guatemala. Auch Japan und China ar-

beiten an der Entwicklung natürlicher Süssstoffe mit denen sie früher oder später dem Zucker den Rang ablaufen werden.

ASAZGUA teilt die Einschätzung von Gutiérrez. Die guatemaltekischen ZuckerproduzentInnen hoffen aber, im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben, da die nationale Zuckerindustrie technisch hochgerüstet ist im Vergleich zu vielen anderen Ländern. (Guatemala hat nach Australien die beste Ausbeute pro Hektar Land.) Ein weiterer Vorteil sei, dass die Zuckerproduktion nie subventioniert wurde und weder von staatlicher Unterstützung noch von hohen Zöllen abhängig ist.

Was der Sprecher von ASAZGUA nicht erwähnt, ist, dass in Guatemala den ZuckerarbeiterInnen die schlechtesten Löhne der ganzen Hemisphäre bezahlt werden. So muss man denn auch das Schlimmste befürchten, wenn ASAZGUA davon spricht, Massnahmen zu planen, um die Kosten der nächsten Ernte zu senken. Dank der Spitzentechnologie im Zuckersektor rechnet man jedoch nicht damit, dass die Situation so schlimm wird wie im Kaffeesektor.

Auch von den Freihandelsabkommen verspricht man sich keine Vorteile für den Zuckermarkt: Die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit Mexiko hinterliess im guatemaltekischen

Zuckersektor einen bitteren Nachgeschmack, da der Zucker von den Verträgen ausgeschlossen wurde. Konkret heisst das, dass die Einfuhrzölle für guatemaltekischen Zucker in Mexiko etwa zwölf Mal höher ist als im umgekehrten Fall. Trotz dieser günstigen Bedingungen ist die Einfuhr von ausländischem Zucker nach Guatemala relativ gering. Zu Beginn der Administration Portillos machte die Regierung den Versuch, dem kubanischen Zucker den Markt zu öffnen mit dem Ziel, das Monopol der guatemaltekischen Zuckerindustrie zu brechen und die Zuckerpreise für die KonsumentInnen zu senken. Keines dieser beiden Ziele wurde erreicht.

Auch bei den laufenden Verhandlungen mit Chile über ein Freihandelsabkommen bleibt der Zucker aussen vor. Dies, obwohl 83% aller Güter, die für den Export nach Chile attraktiv sind, Zucker ist. Im Falle des Freihandelsabkommens mit den USA macht der Zucker 4,5% der Exportgüter aus. Laut einem Bericht der honduranischen Zeitung *La Prensa* sprechen sich die zentralamerikanischen ZuckerproduzentInnen gegen einheitliche Handelszölle aus. Die unterschiedlichen Produktionsstandards in den einzelnen Ländern hätte zur Folge, dass Guatemala mit seinen 40 Mio. Quintales pro Jahr den Markt überschwemmen und beherrschen würde.

Protestwochen im ganzen Land

Guatemala, 21. Aug. Im vergangenen Monat haben unterschiedliche Berufs- und Bevölkerungsgruppen durch Streik und Demonstrationen ihre Unzufriedenheit mit der Regierung zum Ausdruck gebracht. Da sind zum einen die BäuerInnen, die ihre Proteste weitergeführt bzw. wieder aufgenommen haben, nachdem die Regierung erwartungsgemäss nicht auf ihr Ultimatum eingegangen ist. Am 21. August hielten mehr als 30'000 BäuerInnen die strategisch wichtigsten Verkehrspunkte des Landes besetzt. Dies soll nur der Beginn ihrer neuen Protestaktionen sein, verkünden SprecherInnen der verschiedenen BäuerInnenorganisationen.

Anfang August traten in der Hauptstadt 160 ÄrztInnen des staatlichen Spitals *San Juan de Dios* in den Streik und forderten die Auszahlung der bereits im Jahr 2001 mit dem Gesundheitsministerium ausgehandelten 20%-igen Gehaltserhöhung. Weiter forderten sie eine Verbesserung der medizinischen Ausrüstung in den öffentlichen Spitälern. Tags darauf schlossen sich ihnen

200 der 275 ÄrztInnen des Spitals *Roosevelt* an. Obwohl die Regierung mit Entlassungen drohte und Spezialtruppen der Polizei in die Spitäler schickte, blieben die ÄrztInnen der Arbeit fern und erreichten nach zwei Wochen harten Verhandlungen das Versprechen der Regierung, am 16. September 10% Gehaltserhöhung, rückwirkend auf 1. Januar 200, auszubehalten.

Ebenfalls mit der Forderung, versprochene Gehälter zu erhalten, traten LehrerInnen im ganzen Land in den Streik. Zu den Streikenden gehörte u.a. eine Gruppe von PromotorInnen, die mit der entwürzelten Bevölkerung arbeiten, jedoch nie die Möglichkeit hatten, ein LehrerInnendiplom zu machen. Sie wurden im Jahr 2001 offiziell anerkannt und angestellt und es wurde ihnen versprochen, dass sie ihren Abschluss berufsbegleitend nachholen könnten. Das versprochene Gehalt wurde ihnen jedoch nicht ausbezahlt.

An verschiedenen Orten gab es auch wiederholt Proteste gegen Portillos Politik in Sachen Ex-PAC.

Marxistische Schulbücher

Guatemala, 19. Aug. Als Teil eines Weiterbildungsprogrammes für rund 62'000 staatliche LehrerInnen, präsentierte das UN-Entwicklungsprogramm (PNUD) das Lehrbuch "Humanitäre Entwicklung und Steuerpaket". In dem Lehrmittel werden Themen behandelt wie die Armut, der Ausschluss eines grossen Teils der Bevölkerung zum Landbesitz und die Situation der indigenen Bevölkerung. Laut PNUD soll das Buch ein Werkzeug für die LehrerInnen sein, um komplexe und abstrakte Themen auf konkrete Weise einzuführen.

Obwohl sich die im Buch aufgeführten Daten gemäss PNUD auf offizielle Umfragen und Zahlen stützen, wird das Werk von Armando de la Torre von der Universität Francisco Marroquín, von Enrique Neutze (CACIF) und Patricia Monge (Landwirtschaftskammer), als marxistisch kritisiert. Es sei fern jeder

Realität, fördere bei den Kindern ein Klassenbewusstsein und wecke in der guatemalteckischen Gesellschaft Gefühle von Hass und Ressentiments, ohne Lösungsvorschläge zu präsentieren, hiess es seitens der KritikerInnen.

Unterstützung erhält das Lehrbuch, illustriert mit Karikaturen von den beiden bekannten guatemalteckischen Zeichnern Marco Augusto Quiroa und Filóchofo und mit Liedtexten von Athermalpa Yupanqui, von der Konsultivkommission für eine Bildungsreform, in der sehr viele Organisationen der Zivilgesellschaft vertreten sind, von der URNG und selbst von Präsident Portillo, der gleich die ersten 10'000 Exemplare drucken liess.

Vielleicht um dem "Linksrutsch" im Erziehungswesen etwas entgegenzusetzen, will Erziehungsminister Mario Torres die SchülerInnen defilees zur Fei-

er des Unabhängigkeitstages am 15. September wieder aufnehmen. Die Defilees wurden 1996 vom damaligen Präsidenten Alvaro Arzu als Zeichen der Demilitarisierung der Gesellschaft abgeschafft. Laut Torres sollen die "neuen" Defilees jedoch keinen militärischen Charakter mehr haben. Es würde nicht mehr marschiert, sondern spaziert, die mitgetragenen Fahnen würden nicht mehr Kriegsfahnen genannt, es würden Lieder über Demokratie und Frieden eingeübt und auch das Tragen der Uniform sei freiwillig, meinte Torres.

Die Wiederaufnahme des Defilees wird von Menschenrechtsorganisationen, aber auch von der LehrerInnengewerkschaft STEG kritisiert. Neben der Remilitarisierung der Gesellschaft bedeute es auch Ausgaben für die Eltern, die oftmals ihre finanziellen Möglichkeiten überschreiten.

Beerdigung der Friedenshoffnung

Guatemala, 21. Aug. Unter diesem Titel veröffentlichte ein Zusammenschluss sozialer und Menschenrechtsorganisationen eine gemeinsame Presseerklärung, in der sie eine Zwischenbilanz zieht, sechs Monate nach dem Treffen der Konsultivgruppe in Washington vom 11. und 12. Februar dieses Jahres.

Die Organisationen erinnern daran, dass die Regierung in Folge dieses Treffens eine Reihe von Verpflichtungen eingegangen ist (die sie im Rahmen einer Umsetzungsmatrix im April präsentierte), und die sie bis jetzt nicht wahrnimmt. Elmer Velázquez, Vertreter der *Vereinigung der Nichtregierungsorganisationen* (CONCOOP) sprach gegenüber der Presse gar von einem Rückschritt hinsichtlich der Umsetzung der Friedensabkommen.

Die einzigen Punkte, deren Umsetzung die Regierung interessiert habe, seien die Finanzgesetze, das Gesetz über die Entwicklungsrate und die Dezentralisierung sowie die Schaffung eines Gemeindegkodex. Alle anderen Punkte, (Finanzpakt, Erhöhung der sozialen und Reduzierung der militärischen Ausgaben, Bekämpfung der Armut, Reaktivierung der Wirtschaft, Kampf gegen Straflosigkeit und Korruption seien), seien, obwohl Themen nationaler Bedeutung, von der Regierung nicht in Angriff genommen worden.

Laut Daniel Pascual von der *Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOC) sei die Regierung weit davon entfernt, die Friedensabkommen

umzusetzen, bzw. habe diese als Deckmantel benutzt, um die wenigen staatlichen Einnahmequellen zu privatisieren und eine neoliberale Politik durchzusetzen.

In ihrem Kommuniqué bestehen die Organisationen darauf, dass die einzige Grundlage für die Agenda der Konsultivgruppe die Friedensabkommen und deren überarbeiteter Zeitplan seien. An die internationale Gemeinschaft ergeht ein Aufruf, die Gewährung neuer Darlehen oder Kredite an die Einhaltung der Menschenrechte und eingegangenen Verpflichtungen zu knüpfen.

Auch die URNG, als eine der unterzeichnenden Parteien der Friedensabkommen, veröffentlichte eine ausführliche Analyse der in der Matrix aufgeführten Verpflichtungen. Dabei kommt sie zum Schluss, dass darin Punkte enthalten sind, die nicht den Friedensabkommen, sondern der Agenda des Währungsfonds entsprechen, z.B. der kürzlich präsentierte Plan zur Reduzierung der Armut, die Kapitalisierung der armeeigene *Banco del Ejercito*, die Revision des Sozialversicherungssystems, sowie die Kürzung der Subventionen beim Energiekonsum.

Noriega für schuldig erklärt

Guatemala, 25. Juli. Der Prozess gegen den ehemalige Funktionär der URNG, Arnoldo Noriega, angeklagt des sexuellen Missbrauchs an seiner Stieftochter, hat mit einem Schuldspruch geendet. Das RichterInnen erklärte Noriega in allen Anklagepunkten für schuldig und forderte die Strafe von 20 Jahre Gefängnis unbedingt.

Noriega selber leugnete auch nach dem Schuldspruch jegliche Verantwortung und kritisierte die RichterInnen als parteiisch.

Der Skandal um Noriega, der u.a. URNG-Vertreter in der Begleikommision zur Umsetzung der Friedensabkommen war und auch in der Parteiführung eine wichtige Rolle innehatte, begann Ende Oktober 2000 (siehe ¡Fijáte! 222).

Nachdem er zuerst vom damaligen Generalsekretär der URNG, Pablo Monsanto, gedeckt wurde, enthob ihn das Ehrengericht der URNG seiner Ämter. Anlässlich der Parteiversammlung vom letzten Sommer trat er auch als Mitglied des nationalen Exekutivkomitees der Partei zurück.

Das von Noriega gegründete *Institut für politische, wirtschaftliche und soziale Studien* (IPES) geriet vor kurzem ebenfalls in die Schlagzeilen, weil Noriega die Sozialversicherungsgelder für seine Angestellten nicht bezahlt hatte. IPES stellte Ende April dieses Jahres den Betrieb ein. Im Moment erscheint der Nachrichtendienst in unregelmässiger Form, unter dem Namen FUNDEMOS, als elektronisches Magazin.